DER LANDRAT

Geschäftsbereich: Personal und Organisation	DRUCKSACHE	
Az.: 10 24 00	Ifd. Nr.	Jahr
Datum: 25.04.2017	76	2017

Vorlage

an (zutreffenden Ausschuss einsetzen und ankreuzen)	Sitzungstag	Zutreffendes ankreuzen ☒				
		öffent-lich	nicht-öffentlich	Beschlussvorschlag		
				ange-nommen	abgelehnt	geändert
☐		☐	☐			
☐		☐	☐			
☒ Kreisausschuss	19.5.2017	☐	☒			
☒ Kreistag	7.6.2017	☒	☐			
☐ Die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention wurden berücksichtigt: ☐ ja ☐ nein ☒ entfällt						

Verantwortlichkeit (Ordnungsziffer der Org.-einheit/Sichtvermerk):				Geschäftsbereich zur Beschlussausführung.	
Gefertigt: 10.1 gez. Heinrich	Beteiligt: 10	I gez. Herzog	Landrat gez. Radeck	(Handzeichen)	

Betreff:

Einführung eines Live-Streams der Kreistagssitzungen

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag lehnt die Einführung eines Live-Streams seiner öffentlichen Sitzungen ab.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 76	Jahr 2017

Sachdarstellung, Begründung, ggf. finanzielle Auswirkungen:

5 In seiner Sitzung am 7. Dezember 2016 ist der Kreistag mehrheitlich dem Antrag der FDP/UWG/Ziel-Gruppe gefolgt, wonach die Verwaltung des Landkreises Helmstedt beauftragt wurde,

- (I.) ein Konzept zur Einführung eines Live-Streams der öffentlichen Kreistagssitzungen auszuarbeiten,
- 10 (II.) weiterhin zu prüfen, ob Kreistagssitzungen über einen Youtube-Channel des Landkreises digital archiviert werden können.

Vorbemerkung

15 Als *Live-Streaming* wird in der nachfolgenden Darstellung ein Angebot verstanden, das in Echtzeit mittels einer Encoder-Software Bild- und Tonsignale aus dem Sitzungsraum an einen zentralen Server sendet. Von dort aus erfolgt eine Verteilung der Bild- und Tonsignale im Internet an eine beliebige Anzahl von Zuschauern, die sich eigens zu diesem Zweck in die Übertragung eingeschaltet haben. Insofern unterscheidet sich das
20 *Live-Streaming* von Fernsehübertragungen, die an eine unbestimmte Zuschauermenge gerichtet sind.

1. Rechtliche Beurteilung

25 *Live-Streaming* ist Datenverarbeitung und unterfällt deshalb dem Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG), welches den Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung vor Eingriffen durch öffentliche Stellen bezweckt. Danach sind nur solche Datenverarbeitungen zulässig, wenn sie entweder durch eine gesetzliche Ermächtigung gedeckt sind oder wenn die Betroffenen einwilligen (§ 4 Absatz 1 NDSG).

30 Eine derartige gesetzliche Ermächtigung ist in § 64 Abs. 2 des Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) zu sehen, der im Bereich der Medienöffentlichkeit folgendes regelt:

35 *„In öffentlichen Sitzungen sind Bildaufnahmen zulässig, wenn sie die Ordnung der Sitzung nicht gefährden. Film- und Tonaufnahmen von den Mitgliedern der Vertretung mit dem Ziel der Berichterstattung sind in öffentlicher Sitzung nur zulässig, soweit die Hauptsatzung dies bestimmt. Abgeordnete der Vertretungen können verlangen, dass die Aufnahme ihres Redebeitrags oder die Veröffentlichung der Aufnahme unterbleibt.“*

40 Da Kreistagsabgeordnete, anders als etwa die Mitglieder des Deutschen Bundestags oder der Landtage, ihre Tätigkeit rein ehrenamtlich ausüben, sind deren Persönlichkeitsrechte besonders zu achten. Dies gilt im Übrigen ebenso für die Besucherinnen und Besucher im Sitzungsraum wie auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
45 Verwaltung. *Live-Streaming* der Sitzungen setzt also neben einer entsprechenden Regelung in der Hauptsatzung vor allem die Zustimmung der Abgeordneten und der sonstigen Personengruppen voraus.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	Ifd. Nr. 76	Jahr 2017

1.1. Kreistagsabgeordnete

50 Das Bundesverwaltungsgericht hatte bereits 1990 in einem Grundsatzurteil festgestellt,
dass das Recht eines kommunalen Abgeordneten auf freie Rede empfindlich berührt
sei, wenn ein anwesender Journalist den Redebeitrag aufzeichnet. Bei einer zusätzli-
55 chen Bildwiedergabe würden Mimik und Gestik des Redners vermittelt, was dessen
Persönlichkeitsrecht tangiert.

Eine wirksame Einwilligung muss deshalb schriftlich erteilt werden (§ 4 Abs. 2 NDSG).
Sie muss zudem freiwillig erfolgen. Eine einmal erteilte Einwilligung kann jederzeit -
60 auch während der öffentlichen Kreistagssitzung - widerrufen werden.

1.2. Besucherinnen und Besucher

Die Teilnahme der Besucherinnen und Besucher an den Sitzungen erfolgt freiwillig,
trotzdem kann nicht davon ausgegangen werden, dass es den Teilnehmern bewusst ist,
65 dass sie - ähnlich wie bei einer Fernsehübertragung - jederzeit von Kameras erfasst
werden können und sie dieser Verfahrensweise zustimmen. Da Besucherinnen und Be-
sucher kommen und gehen, müsste jeweils eine Zustimmung eingeholt werden.

1.3. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

70 Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird durch ein Dienstverhältnis
beim Landkreis Helmstedt nicht eingeschränkt. Es ist allerdings nicht auszuschließen,
dass der Grundsatz der freiwilligen Einwilligung nach dem NSDG durch äußere Um-
stände, z.B. der hierarchischen Unterordnungspflicht, beeinträchtigt wird.

75 Eine ähnliche Situation kann sich auch bei Sachverständigen und Gutachtern ergeben,
die aufgrund eines Vertragsverhältnisses zu einer Einwilligung bestimmt werden könn-
ten.

80 1.4. Rechtsfolgen

Sofern nicht eine wirksame Einwilligung aller Anwesenden vorliegt, ist ein *Live-*
Streaming nach Art einer Fernsehübertragung mit Schwenk und Zoom nicht möglich.
Größere Städte, die das *Live-Streaming* schon seit einiger Zeit betreiben, sind dazu
85 übergegangen mit starren Kamerapositionen zu arbeiten. So ist z.B. in Braunschweig
eine Kamera auf den Ratsvorsitz gerichtet und eine Kamera jeweils auf das Rednerpult.
Eine Totalaufnahme des Ratssaales findet nicht statt; und die Verwaltungsmitarbeiter
sind so platziert, dass sie nicht ins Bild kommen.

90 Bei Widerspruch eines Kreistagsmitgliedes müsste sichergestellt werden, dass die Wie-
dergabe in Bild und Ton technisch unmöglich ist. Die Einblendung „*Bild- und Tonwie-*
dergabe aus rechtlichen Gründen nicht möglich“ ist in diesen Fällen angezeigt.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	Ifd. Nr. 76	Jahr 2017

95

2. Technische Umsetzung

Grundsätzlich ist entweder die Umsetzung in Eigenleistung oder die Umsetzung unter Inanspruchnahme Dritter denkbar.

100

2.1. Eigenleistung

a) Technische Ausstattung / einmalige Kosten:

105	1 PC Windows		900 EUR
	2 Monitore 24 Zoll	je 150 EUR	300 EUR
	3 HD-Camcorder	je 450 EUR	1.350 EUR
	3 Stative	je 25 EUR	75 EUR
	Div. Kabel/Stecker		200 EUR
110	3 HDMI Capture Card	je 200 EUR	600 EUR
	1 Streamprogramm		1.000 EUR
	Gesamt		<u>4.425 EUR</u>

115

b) Laufende Kosten:

Für einen Streamingprovider, der die Live-Daten entgegennimmt und an die Zuschauer weiterleitet, fallen Kosten in Höhe von ca. 100 EUR pro Monat an. Hinzu kommt, dass im Luthersaal (ehem. Mensa) ein eigener Internetanschluss geschaltet werden muss. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 40 EUR monatlich. Diese Kosten fallen unabhängig von der Häufigkeit der durchgeführten Sitzungen permanent an. Ausgehend von 4 Kreistagssitzungen pro Jahr ergibt dies einen Betrag von **420 EUR pro Sitzung** (1.680 EUR pro Jahr).

120

c) Personalaufwand je Veranstaltung (Stundensatz 47,80 EUR lt. KGSt):

125

Aufbau, Vorbereitung, Nachbereitung pro Sitzung:

13 Std. (8 Std. Ref. A, 5 Std. IT-Abteilung) x 2 Mitarbeiter/innen = 26 Std. = **1.243 EUR**

Betreuung der Sitzung, Dauer z.B. 3 Std.:

130

3 Std. x 2 Mitarbeiter/innen = 6 Std. = **287 EUR**

Ausgehend von 4 Sitzungen/Jahr beläuft sich der Gesamtpersonalaufwand auf ca. 6.120 EUR pro Jahr. Mit dem derzeit vorhandenen Personal in der IT- Abteilung und im Referat A ist jedoch die Umsetzung in Eigenleistung nur unter qualitativen Einbußen bei den bisherigen Aufgaben zu realisieren, wobei spätere Personalanforderungen nicht ausgeschlossen sind.

135

d) Gesamtaufwand pro Jahr (ausgehend von 4 Kreistagssitzungen)

140	Personalaufwand pro Jahr	= 6.120 EUR
	<u>Laufende Kosten pro Jahr</u>	<u>= 1.680 EUR</u>
	Gesamtkosten pro Jahr	= 7.800 EUR

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	Ifd. Nr. 76	Jahr 2017

145 2.2. Umsetzung unter Inanspruchnahme Dritter

Im Rahmen dieser Darstellung wurden indikative Angebote von Anbietern technischer Leistungen im Zusammenhang mit *Live-Streaming* abgerufen. Dabei wurde ein Kostenaufwand von ca. 1.500,- EUR pro Sitzung ermittelt, was sich mit publizierten Angaben anderer Städte deckt.

Ausgehend von 4 Sitzungen im Jahr belaufen sich die Gesamtkosten bei der Umsetzung durch Dritte auf ca. 6.000,- EUR pro Jahr. Die Kosten für einen Internetanschluss (40 EUR/Monat) fallen hier ebenfalls unabhängig von der Anzahl der Sitzungen permanent an. Ausgehend von 4 Kreistagssitzungen pro Jahr ergibt dies einen Betrag von 120 EUR pro Sitzung (480 EUR pro Jahr).

Damit ergeben sich bei einer Umsetzung durch Dritte Gesamtkosten i.H.v. ca. 6.480 EUR.

160 3. Archivierung der Aufzeichnungen

Im Gegensatz zum Live-Streaming steht das On-Demand-Streaming, bei dem auf einem Server gespeicherte („archivierte“) Daten über das Netz an einen Nutzer übertragen werden. Der Nutzer kann die Wiedergabe anhalten, vor- und zurückspulen, aber auch bearbeiten.

165 3.1. Rechtliche Beurteilung

Auch hier gilt der Grundsatz, sobald eine Person mit der Archivierung der Aufzeichnungen nicht einverstanden ist, darf diese Person weder gezeigt noch zu hören sein.

170 3.2. Technische Beurteilung

Über die Homepage des Landkreises Helmstedt wäre der Abruf früherer Sitzungen möglich, die Archivierung würde auf einem Server des Landkreises erfolgen. Für die Nutzung von Youtube benötigt der Landkreis Helmstedt jedoch einen Internetzugang sowie einen bestätigten Google-Account. Bereits aufgezeichnete Videos können dann herkömmlich hochgeladen, entsprechend benannt und mit weiteren Informationen versehen werden. Da sich Youtube werbefinanziert, ist die Nutzung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch kostenlos. Zu prüfen ist seitens des Datenschutzes, ob der Landkreis Helmstedt überhaupt einen Google-Account nach aktuellem Datenschutzrecht anlegen sollte. Außerdem besteht auch hier die Gefahr, dass die dort hochgeladenen Videos vervielfältigt, manipuliert und erneut publiziert werden.

185 4. Erfahrungen aus anderen Landkreisen in Niedersachsen

Der Landkreis Helmstedt hatte sich vor kurzem an einer landesweiten Umfrage des Landkreises Lüneburg zum Thema "Einsatzmöglichkeiten der neuen Medien bei der Kreistagsarbeit" beteiligt. Nach dem Ergebnis dieser Umfrage (Stand 24.04.2017) gibt es in Niedersachsen derzeit keinen Landkreis, der die Kreistagssitzung mittels Livestream überträgt.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	Ifd. Nr. 76	Jahr 2017

195 Der Kreistag Wolfenbüttel hatte sich in den Jahren 2013 und 2014 für das *Live-Streaming* entschieden. Wegen der geringen Zuschauerzahlen bei gleich hohen Kosten wurde die Übertragung wieder eingestellt.

5. Fazit

200 Dem Öffentlichkeitsgrundsatz und dem Recht des Bürgers an einer umfassenden Information über die Kreisangelegenheiten muss ohne Zweifel bestmöglich Rechnung getragen werden. Jedoch sollte dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass technische Neuerungen mit Kosten verbunden sind. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Feststellungen und der derzeitigen Haushaltslage des Landkreises Helmstedt wird daher vorgeschlagen, die Kreistagssitzungen nicht per *Live-Streaming* zu übertragen.

205